



GASTKOMMENTAR

Der Sozialstaat ist aus dem Gleichgewicht und der Mittelstand zahlt den Preis

Der österreichische Sozialstaat ist eine Erungenschaft. Er schützt, federt ab, gibt Sicherheit. Doch genau deshalb wird er gefährlich, wenn er aus dem Gleichgewicht gerät. Denn ein System, das immer mehr verspricht, aber seine Kosten stillschweigend auf Betriebe abwälzt und diese dadurch erwürgt und verjagt, hilft am Ende niemandem mehr – weder Arbeitnehmern noch Betrieben, und schon gar nicht dem Gemeinwohl.

Wer heute ein Unternehmen führt, erlebt eine Realität, die in politischen Debatten oft ausgeblendet wird: steigende Lohnnebenkosten, sinkende Produktivität, hohe regulatorische Lasten, und gleichzeitig ein Arbeits- und Sozialsystem, das eine Eigendynamik an Ansprüchen erzeugt, aber keine Eigenverantwortung mehr einfordert.

Ein zentrales Beispiel ist der Krankenstand: Unternehmen finanzieren ihn oft über Wochen und Monate hinweg, obwohl sie gleichzeitig in das Gesundheitssystem einzahlen. Trotzdem übernimmt die Gesundheitskasse weder die unmittelbaren Kosten noch eine konsequente Kontrolle der Krankenstände bzw. der ärztlichen Praxis. Ärztliche Bestätigungen gelten praktisch als unantastbar. Wenn aber die Unternehmer kontrollieren, setzen sie sich dem Vorwurf des Mobbings aus. Gegenüber Ärzten sind Unternehmen wiederum machtlos. Deren Missbrauchsanzeigen verlaufen meistens im Sand. Fehlende Kontrolle setzt Fehlreize. Das ist kein Vorwurf an Kranke, sondern eine nüchterne Systemanalyse. Ein System, das so konstruiert ist, lädt, selbst bei gutem Willen, nicht zur Fairness ein.

Praxisfall

Ein kleiner Betrieb mit zehn Mitarbeitenden musste über mehrere Monate hinweg die Lohnfortzahlung für einen Mitarbeiter leisten, der sich in ärztlich bestätigtem Krankenstand befand. Währenddessen fiel ein wesentlicher Teil der Produktion aus. Ein kurzfristiger Ersatz für den Mitarbeiter war nicht zu finden, geschweige denn

finanzierbar, denn kündigen konnte und wollte der Betrieb den kranken Mitarbeiter verständlicherweise nicht, abgesehen davon, dass die lange Kündigungsfrist sowie so erst nach Rückkehr des Mitarbeiters beginnt. Das Unternehmen stand unter enormem wirtschaftlichen Druck. Zwei Aufträge mussten abgelehnt werden, Überstunden für das restliche Team häuften sich, die Stimmung kippte. Nicht wegen Krankheit – sondern wegen eines Systems, das Verantwortung dorthin verschiebt, wo sie wirtschaftlich kaum mehr tragbar ist. Solche Fälle sind in kleinen und mittleren Betrieben leider keine Seltenheit.

Hinzu kommt eine Vielzahl bezahlter Dienstfreistellungen: Hochzeit, Umzug, erster Schultag, Pflegeurlaub, Amtswege, Arztdienste. Jeder einzelne Anspruch ist nachvollziehbar. In der Summe jedoch entsteht eine Belastung, die viele Betriebe organisatorisch und finanziell an die Grenze bringt. Die Frage ist nicht, ob diese Anlässe wichtig sind, sondern ob wirklich jeder davon zwingend vom Betrieb getragen werden muss.

Besonders heikel wird es beim Kündigungsschutz im Krankenstand. Dass er existiert, ist moralisch korrekt. Dass er in seiner aktuellen Ausgestaltung kaum Spielraum lässt – selbst bei existenziellen betrieblichen Problemen – ist problematisch und den anderen Mitarbeitern gegenüber moralisch oft schwer erklärbar, da deren Jobs dadurch auch auf der Kippe stehen. Betriebe führen den Überlebenskampf und tragen gleichzeitig die volle sozialstaatliche Last: Sie sollen auffangen, ausgleichen, kontrollieren, finanzieren. Irgendwann geht sich das nicht mehr aus.

Niemand fordert ein Ende der sozialen Sicherung. Niemand stellt den Schutz Kranker oder von Familien infrage. Aber ein Sozialstaat funktioniert nur, wenn er fair ausstariert und im Gleichgewicht ist, sonst gefährden wir genau das, was wir bewahren wollen: Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und die gesellschaftliche Akzeptanz des Systems selbst. **N**



Hans Harrer,
Vorstandsvorsitzender
Senat der Wirtschaft

Was meinen Sie?
Schreiben Sie mir:
presse@senat.at